



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/YX/162 - 27.7.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

| | |
|--|------|
| Treibt die SPD eine Mendès-France Politik? | S. 1 |
| Schwedischer Besuch in Leningrad | S. 3 |
| Zur Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen | S. 4 |

Es gibt keine Parallele Deutschland-Indochina

-tt- "Die deutschen Sozialdemokraten haben die Politik von Mendès-France übernommen". Das soll nach Ansicht einer großen französischen Tageszeitung in deren Kommentar zum Berliner SPD-Parteitag heissen, dass "auch die SPD dem Westen ein bedingtes Angebot mache, indem sie grundsätzlich der Wiederbewaffnung Deutschlands zustimme, und sie mache auch dem Osten ein bedingtes Angebot, indem sie Moskau die Möglichkeit gebe, durch Verhandlungsgesten noch alles zu ändern". Eine solche Politik werde, das folgerte ein westberliner Blatt daraus, die Wiedervereinigung Deutschlands vermutlich ebenso wenig einschliessen, wie sie die Vereinigung Indochinas herbeizuführen in der Lage sei. Damit sei das schärfste Urteil über die Wiedervereinigungspolitik der SPD gesprochen.

Der Versuch, eine Parallele zwischen Deutschland und Indochina zu ziehen, muß rechtzeitig und mit allem Nachdruck widersprochen werden. Es gibt keine derartige Parallele, wenn man sich nicht an das hier und dort gleichermassen vorhandene Faktum der Teilung klammert, um in Schwarzweiss-Manier der "Politik der Stärke" das Wort zu reden und die Friedenspolitik der Verhandlungen zu diskreditieren. Frankreichs Regierungschef Pierre Mendès-France brauchte Frieden in Indochina, weil er Frieden für Frankreich brauchte. Dazu mußte er, auch um den Preis der Spaltung des Landes, Mut zur Liquidierung haben. Er mußte in Indochina das Fazit aus dem Zusammenbruch des französischen Kolonialismus ziehen, der in seiner weltfremden Verborttheit den kommunistischen Vietminhs die Chance zugespielt hatte, als die Führer eines nationalen Freiheitskampfes aufzutreten. Wenn Frankreich die - wahrscheinlich nur noch geringe - Möglichkeit haben will, in dem südlichen Teil Indochinas als Förderer einer ihm noch vertrauenden Bevölkerung tätig bleiben zu können, dann muss es völlig neue Wege gehen, sonst wird Ho-Tschü-Minh über kurz oder lang praktisch unaufhaltsam auch in "Vichy"-Indochina einmarschieren.

An diesen Fakten gemessen, gab es weder in der Vergangenheit noch gibt es heute irgendeine Ähnlichkeit der Vorgänge in Indochina und in Deutschland. Das von uns zitierte westberliner Blatt geht aber in seinem Kommentar von der Erkenntnis aus, dass sich in Indo-

china die "Schwäche der gesamten westlichen Politik" erwiesen habe. Dieser Erkenntnis stimmt die SPD vollauf zu und sie kann das umschreiben, als sie seit Jahren unermüdlich vor der politischen Fehlkonstruktion der Dulles-Adenauerschen "Politik der Stärke", das will sagen "Politik der militärischen Stärke" oder noch deutlicher "Machtpolitik", gewarnt hat. Die SPD hat immer betont, dass der freie Westen, zu dem sie sich bekennt, seine grossen Chancen als Hüter und Verteidiger der Freiheit vor dem Totalitarismus gleich welcher Prägung - also nicht nur des kommunistischen, sondern auch des faschistischen! - in der Demonstration einer "Stärke" ganz anderer Art sehen und finden muss, als in dem geistlosen Zurückfallen auf eine Stapelung von Atomgeschützen und EWG-Divisionen.

Die SPD hat auf ihrem Berliner Parteitag gegen eine mögliche militärische ultima ratio Barrieren aufgerichtet, die der Erhaltung des Friedens und der Verhinderung des Krieges dienen sollen. Sie sollen der freien Welt, die - vielleicht letzte Chance - geben, auf dem Gebiet wirklich "stark" zu werden, auf dem sie der Welt des Totalitarismus geradezu monopolartig überlegen ist oder doch überlegen sein könnte. Der Ruf der sozialistischen Vertreter der jungen Nationen des Fernen Ostens auf dem Berliner SPD-Parteitag sollte es allen Denkenden und Gutwilligen endlich klargemacht haben, dass es sich dabei um die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung handelt, die die persönliche Freiheit des Menschen im Rahmen einer sozialen Demokratie sichert.

Diese Gedanken haben die sozialdemokratischen Sprecher nicht erst in Berlin vorgetragen. Sie sind aller Welt bekannt, oder sie müssten es eigentlich sein, wenn man sich die Mühe gemacht hätte, sie überhaupt nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Politik der nur militärischen Stärke der Dulles und der Adenauer musste notgedrungen dort landen, wo sie heute gelandet ist: in einer Sackgasse. Jetzt lamentiert man über die "Schwäche der gesamten westlichen Politik". Man hätte sich aber schon längst sagen müssen, dass man dem Osten gegenüber mit Kanonen allein keine Erfolge erzielen kann, weil der sowjetische Imperialismus diese Sprache viel besser spricht. Dass man diese Tatsache nicht gesehen hat oder nicht sehen wollte, ist ein entscheidendes Versäumnis und Versagen.

Die SPD hat in Berlin, unterstützt von allen freiheitlich-sozialistischen Parteien Europas, Amerikas und Asiens, noch einmal vor dieser Art von Politik gewarnt und sich dazu bekannt, den Weg der Verhandlungen zur Entspannung der internationalen Lage zu gehen. Wenn das auch die Politik von Mendès-France ist und bleibt, dann können die freiheitlich-demokratischen Sozialisten und er in dieser Beziehung Gefährten des gleichen Weges sein, der allein auch zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit führen kann.

Die Schweden in Leningrad

KRE. Stockholm

Der Besuch der schwedischen Kriegsflotte in Leningrad, der vor einigen Tagen abgeschlossen wurde, liess die schwedischen Matrosen tiefen Einblick tun in das Leben und Treiben des russischen Menschen von heute. Rührend war den Schweden das spontane Bedürfnis der Bevölkerung Leningrads, alle Möglichkeiten zu nützen, um mit Menschen aus der westlichen Welt zusammenzukommen, ein Bedürfnis, das der jahrzehntelangen Absperrung des russischen Bürgers entspringt von allem, was Ausland heisst; erschreckend fanden die schwedischen Matrosen die Unkenntnis und die Wirkung einer verlogenen Propaganda, die ihnen auf Schritt und Tritt begegnete.

Dreihunderttausend Einwohner Leningrads waren bei der Ankunft der schwedischen Gäste zugegen. Fast ununterbrochen befanden sich während des Ankerns der schwedischen Schiffe viele Tausende Menschen am Kai, und die Matrosen, die sich ungehindert bewegen konnten, wurden mit großer, ja überströmender Herzlichkeit empfangen. Man bot Butterbrote und Wodka an, brachte Blumen und raubrechte, so gut es ging. Und man freute sich, wenn man sah, dass die Schweden ob dieser herzlichen Aufnahme dankbar waren. Dass die russischen Matrosen, die zu gleicher Zeit in Stockholm zu Besuch waren, nicht in dieselbe Atmosphäre gerieten, lag nicht nur an der kühleren Art der Schweden, sondern vor allem daran, dass die Russen allüberall ihrer überaus strengen Disziplin unterworfen blieben. In ihren starren Gesichtern war kaum jemals ein Lächeln zu bemerken, und ihre Haltung drückte die Gespanntheit aus, die von unbedingtem Gehorsam und der Angst hervorgerufen wird, aus der Rolle des grimmigen Repräsentierens zu fallen.

In Leningrad waren die sich auf dem Kai bewegenden Massen zu groß, als dass man sie demselben Zwang und derselben Starrheit hätte unterwerfen können. Die Polizei beschränkte sich im allgemeinen darauf, den schwedischen Gästen den Zutritt zu gewissen Vierteln und Gassen höflich zu verwehren, ganz offensichtlich zu dem Zwecke, die auffallendsten Zeugnisse der Armut des Volkes zu verbergen. Zu dieser negativen Massnahme gesellte sich die positive, unter den Schweden dicke Propaganda zu treiben, und dies mit Hilfe von sprachkundigen Studenten; diese waren offenbar nicht nur aus Leningrad, sondern von weither gebracht worden.

Den angebotenen Wodka durfte man nicht ablehnen, wenn man nicht böse Konflikte hervorrufen wollte. Man mußte das Gefäß bis auf den Grund leeren, und die kleinste Menge war die, welche in ein Wasserglas geht. -

Über das Ausland weiß der einfache Russe so gut wie nichts. Man fragte die Schweden, warum eigentlich nicht mehr von ihnen zu Besuch nach Rußland kommen und begriff nicht, dass das vor allem auf die Verweigerung von Einreisevisa nach der Sowjetunion zurückzuführen ist. Man fragte, ob Schweden von den Truppen der USA besetzt sei und ob es an Bord der schwedischen Fahrzeuge nicht Engländer gebe. Ja, man wollte sogar wissen, ob die Schweden ihre Uniformen nicht von den Engländern geborgt hätten. - Viele Schweden waren bei russischen Familien zu Gast. Sie bekamen den Eindruck, dass man sehr gedrängt wohnt und dass die Wohnungen einen niedrigen Standard haben. In einem Falle wohnten 52 Personen in einer Wohnung mit fünf Zimmern, und neun Familien hatten eine gemeinsame Küche. - Die russischen Soldaten hingegen hatten keine Erlaubnis, sich schwedische Arbeiterwohnungen in Stockholm anzusehen, ja, sie hielten sich die freundlichen Stockholmerinnen sogar sehr betont mit Hilfe ihrer Papyros vor Leibe - wie es ihnen befohlen worden war.

+ + +

Eine Demonstration gegen Arnold

zw Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold ist am Dienstag in Düsseldorf gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten wiedergewählt worden. Da die Landesverfassung keine Gegenstimmen bei dieser Wahl kennt, erschien der SPD-Fraktion die Abgabe von weissen Zetteln, d.h. die Stimmenenthaltung, als der Situation und als ihrer Stellung zu Arnold nicht mehr gezielt. Sie zog es daher vor, einen eigenen Kandidaten, ihren Fraktionsvorsitzenden Fritz Steinboff, aufzustellen und diesen die sozialdemokratischen Stimmen zu geben. So kann niemand mehr sagen, die SPD sei doch noch in einem Winkel ihres Herzens Arnold so wohl gesonnen, dass sie trotz allem, was geschehen ist, nicht direkt gegen ihn stimmen wolle.

Es ist keine Entschuldigung für Arnold, wenn seine Regierungsbildung in Düsseldorf unter stärkstem Druck von Bonn stand, wenn Adenauer ihn in die Zange nehmen liess und ihm keine andere Möglichkeit eröffnete. Eine Möglichkeit hätte es für Arnold immer noch gegeben: zurückzutreten und einen Auftrag "unter Druck" nicht anzunehmen. Aber dieser Arnold hat keine Grundsätze, um derentwillen er auf ein solches Amt verzichten könnte. Er ist ein Spielball in den Händen anderer, routinierterer und entschlossenerer Politiker der CDU, die ihm lediglich die Rolle des "sozialen Aushängeschildes" überlassen. Es soll nach ihrem Willen in Nordrhein-Westfalen den Anschein haben, als stünde an der Spitze dieses Industrielandes immer noch "das soziale Gewissen" Arnold, und damit wird mit dem "Sozialen" überhaupt Schindluder getrieben. Es ist auch nur der gleiche Schachzug, wenn Arnold zur Wahrung seines Gesichtes erlaubt wird, den bisherigen Pressereferenten der Industriegewerkschaft Bergbau, Johannes Flatte, als Sozial- und Arbeitsminister zu holen. All dies täuscht nicht darüber hinweg, dass Arnold die zur Regierungsverantwortung bereite Vertretung der breiten Arbeitnehmerschicht an Rhein und Ruhr mit seinem Namen und in seiner Verantwortung von der Mitträgerschaft am Staate ausgeschlossen hat. Es täuscht nicht darüber hinweg, dass dieser Ministerpräsident Arnold sich dem rechten Flügel seiner Partei bedingungslos unterworfen hat, dass er die Beschlüsse dieses Flügels in die Tat umsetzte, und dass er jetzt nur so tut, als verkörpere sich in ihm ein Teil des Willens der Arbeiterschaft zum Staat. Leere Atrappen sollen über die Verschleuderung von Arbeiterstimmen hinwegtäuschen, die mit Arnold-Plakaten und sozialen Sinnssprüchen ohne Gehalt am 27. Juni von der CDU erschlichen worden sind.

Hier war ein kräftiges Halt am Platze, eine Demonstration der wirklichen Partei der Arbeiter und Angestellten, ein deutlicher und unüberhörbarer Protest. Dieser Protest aber, der gegen den schwachen Arnold und gegen seine befehlsgewaltigeren Hintermänner erfolgte, ist nur der Beginn einer sozialdemokratischen Opposition in Nordrhein-Westfalen, die jenseits der bitteren Erfahrungen mit Arnold und seinesgleichen steht. Es wird keine wilde, undisziplinierte und marktschreierische, aber dafür eine unso unerbittlichere sachliche Opposition sein. Es gibt im politischen Leben Zerfallerscheinungen, die nicht geduldet werden dürfen. Die blosse Atrappe des Sozialen ist eine solche Zerfallerscheinung, und der Mißbrauch des Kredits der Wähler ebenso. Von jetzt an wissen die Arbeiter im Ruhrgebiet, an Rhein und in Westfalen, dass Worte Arnolds nichts sind als eine Redewendung. Sie werden es der CDU und ihren wirklichen wie angeblichen Repräsentanten nicht vergessen.